



MAG. GERALD KLUG
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

S91143/53-PMVD/2013

19. Juli 2013

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
14506 /AB
22. Juli 2013
zu 14808 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Tadler, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. Mai 2013 unter der Nr. 14808/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 und 3:

Es wurde grundsätzlich der gesamte Normenbestand im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport geprüft. Änderungsbedarf wurde bei jenen Gesetzesbestimmungen gesehen, die auch Teil des Begutachtungsentwurfes betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz 2001, das Heeresdisziplingesetz 2002, das Heeresgebührengesetz 2001, das Auslandseinsatzgesetz 2001, das Militärbefugnisgesetz, das Sperrgebietgesetz 2002, das Munitionslagergesetz 2003, das Militärauszeichnungsgesetz 2002, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz sowie das Truppenaufenthaltsgesetz geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Begleitgesetz-Wehrrecht – VwGBG-W), waren. Diesbezüglich wird auf die Website des Parlaments, wo auch die im Begutachtungsverfahren abgegebenen Stellungnahmen abrufbar sind, verwiesen.

Zu 2:

Die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA) wurde – unter Einbindung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen im Rahmen des Begutachtungsverfahrens – von meinem Ressort erstellt.

Zu 4:

Die Anregungen wurden in die Regierungsvorlage, die ebenfalls auf der Website des Parlaments abrufbar ist, eingearbeitet.